



ASIEN/INDONESIEN - In der Provinz Aceh bleibt trotz steigender Zahl der Christen der Bau von Kirchen verboten

Banda Aceh (Fides) – In der indonesischen Provinz Aceh im Norden der Insel Sumatra steigt die Zahl der Christen, doch es werden weiterhin keine Genehmigungen für den Bau neuer Kirchen erteilt. Dies berichten Beobachter aus Kreisen der Ortskirche dem Fidesdienst. In der Provinz, in der die islamischen Gesetze der Schariah gelten, machen Christen 1,2 % der insgesamt 4,5 Millionen Einwohner aus (Volkszählung des Jahres 2010). Es gibt nur drei Kirchen in der Provinzhauptstadt Banda Aceh (eine katholische und zwei protestantische Kirchen) und für den Bau von neuen Kirchen gibt es strenge Vorschriften. Der derzeitige Gouverneur der Provinz, Zaini Abdullah, strebt seit seiner Wahl im Jahr 2012 die Islamisierung der Gesellschaft an.

Die Bestimmungen für den Bau von Kirchen sind in den verschiedenen indonesischen Provinzen unterschiedlich. Wie der Koordinator der "Aceh Human Rights Coalition", Zulfikar Muhammad, betont "schränken diese Bestimmungen die Religionsfreiheit und die Ausübung des Glaubens ein und sind deshalb nicht mit der indonesischen Verfassung vereinbar".

Eine Verordnung des indonesischen Innenministeriums legte 2006 fest, dass eine von mindestens 90 Mitgliedern unterzeichnete Erklärung und ein Schreiben, das von mindestens 60 Einwohnern der betreffenden Gemeinde unterzeichnet wurde, die nicht der Glaubensgemeinschaft angehören, für die Erteilung einer Baugenehmigung nötig ist. In Aceh wurde die Bestimmung 2007 geändert und vom Gouverneur der Provinz eingeschränkt; hier sind die Unterschriften von mindestens 150 Gläubigen und die Unterstützung von mindestens 120 nichtgläubigen Einwohnern notwendig. Auf der Grundlage diese Bestimmungen gelingt es Christen nicht nur nicht, neue Baugenehmigungen zu erhalten, sondern es wurden auch bereits existierende Gebetssäle geschlossen: im Oktober 2012, veranlassten die zuständigen Behörden in Banda Aceh die Schließung von neun Kultstätten von Christen und Buddhisten auf der Grundlage der Nichteinhaltung der geltenden Bestimmungen. In sechs Fällen, hatten zuvor Mitglieder der Islamic Defenders Front (FPI) bei öffentlichen Kundgebungen eine solche Schließung gefordert. Sechs Monate zuvor waren im Süden der Provinz Aceh 17 christliche Kultstätten geschlossen worden. (PA) (Fides 10/1/2013).